



- Punkt 1.2.6                      Anfrage der AfD-Fraktion vom 19.10.2017 zur Kostenerstat-  
ungspauschale des Landes Hessen je aufgenommenen  
Flüchtling im Kreis Bergstraße  
Vorlage: 18-0679
- Punkt 1.2.7                      Anfrage der AfD-Fraktion vom 20.10.2017 zum neuen  
"Interimsverfahren" zur Schallausbreitungsberechnung bei  
Windkraftanlagen  
Vorlage: 18-0678
- Punkt 1.2.8                      Anfrage der AfD-Fraktion vom 26.10.2017 zum Thema  
"Geplantes Rossmann Logistikzentrum in Bürstadt"  
Vorlage: 18-0684
- Punkt 1.2.9                      Anfrage der AfD-Fraktion vom 26.10.2017 zum Thema  
"Endlager für radioaktiven Abfall in Biblis?"  
Vorlage: 18-0685
- Punkt 1.3                         Zweiter Finanz- und Controllingbericht für das Haushaltsjahr  
2017  
Vorlage: 18-0668
- Punkt 1.4                         Bericht der Patientenfürsprecherinnen beim Kreiskrankenhaus  
Bergstraße in Heppenheim für den Zeitraum Juli 2016 bis  
Juni 2017  
Vorlage: 18-0666
- Punkt 1.5                         1. Berichterstattung gemäß § 7 Abs. 7 Hessisches Gleichstel-  
lungsgesetz (HGIG) für die Kreisverwaltung für die Jahre  
2015 und 2016  
2. Frauenförder- und Gleichstellungsplan für die Kreisverwal-  
tung für die Jahre 2017 bis 2022 und verbindliche Zielvor-  
gaben bis 2019  
Vorlage: 18-0616
- Punkt 1.6                         1. Berichterstattung gemäß § 7 Abs. 7 Hessisches Gleichstel-  
lungsgesetz (HGIG) für den Eigenbetrieb Schule und  
Gebäudewirtschaft Kreis Bergstraße für die Jahre 2015 und  
2016  
2. Frauenförder- und Gleichstellungsplan für den Eigenbetrieb  
Schule und Gebäudewirtschaft Kreis Bergstraße für die  
Jahre 2017 bis 2022 und verbindliche Zielvorgaben bis  
2019  
Vorlage: 18-0615
- Punkt 1.7                         Frauenförder- und Gleichstellungsplan des Eigenbetriebes  
Neue Wege Kreis Bergstraße für die Jahre 2017 bis 2022 und  
verbindliche Zielvorgaben bis 2019  
Vorlage: 18-0614

## **Tagesordnung 2 (mit Aussprache)**

- Punkt 2.1                      Vorlage der Entwürfe  
a) der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2018  
b) des Investitionsprogrammes für den Zeitraum 2018 bis 2021  
c) des Haushaltskonsolidierungskonzeptes für den Zeitraum 2018 bis 2021  
Vorlage: 18-0683
- Punkt 2.2                      Antrag der FREIE WÄHLER-Fraktion vom 15.10.2017 auf Bildung eines Akteneinsichtsausschusses nach § 29 Abs. 2 HKO betreffend Anmietung des ehemaligen Lighthouse Hotels in Bensheim  
Vorlage: 18-0670
- Punkt 2.3                      Anträge zum Thema "Wahlkreisreform - Zuordnung der Gemeinde Groß-Rohrheim"
- Punkt 2.3.1                    Antrag der FREIE WÄHLER-Fraktion vom 15.10.2017 betreffend Entwurf zur Änderung des Landeswahlgesetzes - Vorgesehene Zuordnung der Gemeinde Groß-Rohrheim zum Wahlkreis 48 - Groß-Gerau II  
Vorlage: 18-0671
- Punkt 2.3.2                    Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 16.10.2017 zum Thema "Wahlkreisreform - Zuordnung der Gemeinde Groß-Rohrheim"  
Vorlage: 18-0674
- Punkt 2.4                      Fortschreibung des Radverkehrskonzeptes des Kreises Bergstraße  
- Verwaltungsvorlage  
- Beschlussempfehlung des Ausschusses für Regionalpolitik und Infrastruktur  
- Antrag der GRÜNE-Fraktion vom 06.11.2017 und in der Sitzung vorgetragener Antrag von Herrn Kreistagsabgeordneten Peter Schmidt (AfD) jeweils auf Erweiterung des vorliegenden Beschlussvorschlages  
Vorlagen: 18-0653, 18-0653/1 und 18-0653/2
- Punkt 2.5                      Leitung des Rechnungsprüfungsamtes  
Vorlage: 18-0657/1
- Punkt 2.6                      Akteneinsichtsausschuss betreffend Überwaldbahn  
- Abschlussbericht des Ausschussvorsitzenden
- Punkt 2.7                      Verschiedenes

**Anwesende:**

**Kreistagsvorsitzender:**

Schneider, Gottfried CDU

**CDU-Fraktion:**

Oehlenschläger, Volker	CDU	Fraktionsvorsitzender
Burelbach, Rainer	CDU	(bis zeitweise TOP 2.6 anwesend)
Fera, Pia	CDU	
Galvagno, Lisa	CDU	
Glab, Hannelore	CDU	
Glanzner, Helmut	CDU	
Heitland, Birgit, MdL	CDU	
Jünge, Olaf	CDU	
Kempff, Bastian	CDU	
Kunkel, Joachim	CDU	
Kusicka, Felix	CDU	
Müller, Anja	CDU	(bis zeitweise TOP 2.6 anwesend)
Reinhardt, Randoald	CDU	
Richter, Rolf	CDU	
Ringhof, Martin	CDU	
Röchner, Herbert	CDU	
Roeder, Oliver	CDU	
Schader, Barbara	CDU	
Schich-Kiefer, Ingrid	CDU	
Schneider, Gottfried	CDU	siehe auch Kreistagsvorsitzender
Schönung, Christian	CDU	(ab zeitweise TOP 1.1 anwesend)
Stephan, Peter	CDU	
Volkert, Torsten	CDU	

**SPD-Fraktion:**

Fiedler, Josef	SPD	Fraktionsvorsitzender
Baaß, Matthias	SPD	
Bersch, Rainer	SPD	(bis zeitweise TOP 2.6 anwesend)
Dechnig, Beate	SPD	
Dörsam, Andreas	SPD	
Hartmann, Karin, MdL	SPD	
Herbert, Gerhard	SPD	
Kaltwasser, Jürgen	SPD	
Klingler, Jens	SPD	
Rothmüller, Josef	SPD	
Schmidt, Marius	SPD	
Schmitt, Norbert, MdL	SPD	
Steiß, Brigitte	SPD	
Wingerter, Sven	SPD	
Winter, Lydia	SPD	

**AfD-Fraktion:**

Kahnt, Rolf	AfD
Amrhein, Helmut	AfD
Elzer, Thomas	AfD

Gathmann, Ingrid	AfD
Krause, Reinhard	AfD
Schmidt, Peter	AfD
Dr. Schuster, Erwin	AfD

**GRÜNE-Fraktion:**

Berg, Evelyn	GRÜNE	
Ruoff, Jochen	GRÜNE	
von Fumetti, Christoph	GRÜNE	(ab zeitweise TOP 2.1 anwesend)
Kunz, Carmen	GRÜNE	
Metz-Denefleh, Anne	GRÜNE	
Rinke, Birgit	GRÜNE	
Schäffer, Manfred	GRÜNE	
Sterzelmaier, Doris	GRÜNE	

**FDP-Fraktion:**

Hörst, Christopher	FDP	
Fischer, Tobias	FDP	(ab zeitweise TOP 2.1 bis zeitweise TOP 2.6 anwesend)
Dr. Habich, Holger	FDP	(bis zeitweise TOP 2.6 anwesend)
Obermair, Michael	FDP	
Sürmann, Frank	FDP	
Vetter, Burkhard	FDP	

**FREIE WÄHLER-Fraktion:**

Öhlenschläger, Walter	FREIE WÄHLER
Golzer, Norbert	FREIE WÄHLER

**DIE LINKE-Fraktion:**

Dr. Schwarz, Bruno	DIE LINKE.
Henrich, Christiane	DIE LINKE.

**PIRATEN (ohne Fraktionsstatus):**

Zenker, Veronika	PIRATEN	(bis zeitweise TOP 2.6 anwesend)
------------------	---------	----------------------------------

**Kreisausschuss:**

Engelhardt, Christian	Landrat
Stolz, Diana	Erste Kreisbeigeordnete
Krug, Karsten	hauptamtlicher Kreisbeigeordneter
Buser, Volker	ehrenamtlicher Kreisbeigeordneter
Fabian, Thomas	ehrenamtlicher Kreisbeigeordneter
Götz, Fritz	ehrenamtlicher Kreisbeigeordneter
Klee, Heinz	ehrenamtlicher Kreisbeigeordneter (zeitweise anwesend)
Sander, Brigitte	ehrenamtliche Kreisbeigeordnete
Schramm, Rita	ehrenamtliche Kreisbeigeordnete
Dr. Schweidler, Hans Jürgen	ehrenamtlicher Kreisbeigeordneter
Szych, Karl Heinz	ehrenamtlicher Kreisbeigeordneter
Thaidigsmann, Petra	ehrenamtliche Kreisbeigeordnete (zeitweise anwesend)
Vock, Philipp-Otto	ehrenamtlicher Kreisbeigeordneter

**Verwaltung:**

Deichfuss, Steffen	Abt. Bürgerservice, Kommunikation, Vereine und Kultur (zeitweise anwesend)
Lannert, Mathias	Abt. Controlling, Projektmanagement und Grundsatz
Hocke, Inge	Abt. Recht, Kommunalaufsicht und Kreisgremien
Behrendt, Katharina	Fachbereich Recht und Kommunalaufsicht
Kögel, Tanja	Gesundheitsamt
Krauß, Nadja	Fachbereich Kreisgremien
Zeißler, Nils	Fachbereiche Kommunalaufsicht / Kreisgremien
Daum, Melissa	Auszubildende

**Schriftführerinnen:**

Pfeiffer, Jutta	Fachbereich Kreisgremien
Schüßler, Helene	Fachbereich Kreisgremien

Herr Kreistagsvorsitzender Schneider eröffnete um 16:00 Uhr die 18-010. Sitzung des Kreistages Bergstraße und begrüßte die Sitzungsteilnehmer, darunter den Bürgermeister der Stadt Bensheim und Kreistagsabgeordneten Rolf Richter, Pressevertreter und Zuschauer.

Herrn Kreistagsabgeordneten Till Mansmann (FDP) gratulierte er zur Erringung eines Bundestagsmandats in der am 24.10.2017 begonnenen neuen Legislaturperiode.

Der Kreistagsvorsitzende stellte sodann die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest.

Entschuldigt fehlten die Kreistagsabgeordneten Heinz-Dieter Freudenberger (CDU), Michael Helbig, Herold Pfeifer (beide SPD), Hermann Blüm, Margareta Horle (beide AfD), Till Mansmann (FDP) und Myriam Lindner (FREIE WÄHLER) sowie die ehrenamtlichen Kreisbeigeordneten Hans-Dieter Dähn und Roland von Hunnius.

Im Zuge der Feststellung der Tagesordnung machte der Kreistagsvorsitzende zu Punkt 2.2 - Antrag der FREIE WÄHLER-Fraktion vom 15.10.2017 auf Bildung eines Akteneinsichtsausschusses nach § 29 Abs. 2 HKO betreffend Anmietung des ehemaligen Light-house Hotels in Bensheim - folgende Anmerkung:

Nach geltender Rechtsprechung und vorherrschender Auffassung könne Akteneinsicht nur in 'abgeschlossene Lebenssachverhalte' gewährt werden.

Dagegen stütze sich die antragstellende Fraktion im Wesentlichen auf den Beschluss des VG Gießen vom 16.01.2007 (8 G 3850/06) zur Einrichtung eines Akteneinsichtsausschusses mit dem Leitsatz:

'Eine Fraktion in einer Stadtverordnetenversammlung kann die Einrichtung eines Akteneinsichtsausschusses auch dann fordern, wenn die Akteneinsicht einen noch nicht abgeschlossenen Vorgang betrifft.'

Der Hessische Verwaltungsgerichtshof hat jedoch mit Beschluss vom 11.07.2007 (8 TG 246/07) den Beschluss des Verwaltungsgerichts Gießen vom 16.01.2007 mit Ausnahme der Streitwertfestsetzung für wirkungslos erklärt mit der Begründung:

Der Grundsatz, dass eine Akteneinsicht in laufende Angelegenheiten nicht zulässig ist, soll verhindern, dass Akteneinsicht als verfahrensbegleitende oder vorbeugende Kontrolle gewissermaßen parallel zur Vorbereitung des Willensbildungsprozesses, der eigentlichen Willensbildung und der abschließenden Entscheidung durch den Magistrat/Gemeindevorstand, stattfinden darf und dadurch unter Verstoß gegen die Kompetenzverteilung nur Mitbeteiligung wird. Der Magistrat/Gemeindevorstand soll danach nicht bei einer laufenden Angelegenheit vor seiner abschließenden Entscheidung einem Überwachungsausschuss bereits Akteneinsicht gewähren müssen. Eine solche Gefahr besteht nicht bei einem abgeschlossenen Verwaltungsverfahren, wenn z.B. der durch die begehrte Akteneinsicht betroffene Entscheidungsvorgang durch Abfassung der Magistratsvorlage bereits abgeschlossen war.

Auf Basis dieser Informationen habe er den Vorsitzenden der FREIE WÄHLER-Fraktion am Freitag gebeten, nochmals über den vorliegenden Antrag nachzudenken, da zumindest Zweifel sowohl über den abgeschlossenen Sachverhalt als auch über einzelne Inhalte des Auftrages bestehen.

Der antragstellenden Fraktion werde damit vor Eintritt in die Tagesordnung nochmals Gelegenheit gegeben, den Antrag zurückzuziehen, inhaltlich zu verändern oder auch unverändert zur Abstimmung zu stellen.

Weitere Anmerkungen oder Einwendungen zur Tagesordnung gab es nicht, gegen Ladung und die Redezeitregelung gemäß § 28 der Geschäftsordnung des Kreistages wurden ebenfalls keine Einwendungen erhoben.

Zu der von der FREIE WÄHLER-Fraktion beantragten Erweiterung der Tagesordnung um deren Antrag vom 05.11.2017 auf Einberufung einer außerordentlichen Sitzung des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses zur Beratung der aktuellen Situation der Überwaldbahn gGmbH nahm Herr Kreistagsabgeordneter Fiedler (SPD) Stellung.

Er sah keine Dringlichkeit des Antrags gegeben, da der Geschäftsführer der Überwaldbahn gGmbH in der Sitzung des Ausschusses für Regionalpolitik und Infrastruktur am 02.11.2017 einen umfassenden Sachstandsbericht gegeben habe und bis zur Verabschiedung des Haushalts 2018 terminplanmäßig noch zwei Sitzungen des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses vorgesehen seien.

Die Aufnahme des Antrags der FREIE WÄHLER-Fraktion in die Tagesordnung wurde bei 3 Jastimmen und einigen Stimmenthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Sodann wurde in die Beratung der Tagesordnung eingetreten.





**Punkt 1.2.2:** **Anfrage der Fraktion DIE LINKE. vom 01.09.2017 betreffend Status der Schülerbeförderung durch einen konkreten vom Kreis Bergstraße beauftragten Fahrdienstleister  
Vorlage: 18-0620**

Die Anfrage wurde durch Herrn Kreisbeigeordneten Krug mündlich und zusammenfassend beantwortet. Die schriftliche und ausführliche Beantwortung ist in der Anlage 2 zur Niederschrift enthalten.

**Punkt 1.2.3:** **Anfrage der GRÜNE-Fraktion vom 09.09.2017, eingegangen am 13.10.2017, zum Thema "Aktionsplan Integration"  
Vorlage: 18-0669**

Die Anfrage wurde zur Beantwortung in den Ausschuss für Schule und Soziales verwiesen.

**Punkt 1.2.4:** **Anfrage der FREIE WÄHLER-Fraktion vom 15.10.2017 zum Thema "Vergleich betreffend Überwaldbahn" und ergänzende Anfrage der Fraktion DIE LINKE. vom 22.10.2017  
Vorlage: 18-0672**

Die Anfrage der FREIE WÄHLER-Fraktion und die Fragen 1 bis 3 der ergänzenden Anfrage der Fraktion DIE LINKE. wurden mündlich durch Herrn Landrat Engelhardt beantwortet.

Bezüglich der Beantwortung der Fragen 4 bis 6 der ergänzenden Anfrage der Fraktion DIE LINKE. teilte der Landrat mit, dass er die, die Technik der Draisinenfahrzeuge betreffenden Fragen an die Geschäftsführung der Überwaldbahn gGmbH weitergeleitet habe mit der Bitte um Beantwortung in der nächsten Sitzung der Gesellschafterversammlung. Sobald er als Gesellschafter die Antworten erhalten habe, werde er sie dem Kreistag nachreichen.

**Punkt 1.2.5:** **Anfrage der AfD-Fraktion vom 19.10.2017 zur Zinsdienstumlage für das Komplementärfinanzierungsdarlehen zur Sicherstellung der Finanzierung einer Investition im Rahmen des Konjunkturpaketes II zugunsten des seinerzeitigen Trägers des Luisenkrankenhauses in Lindenfels  
Vorlage: 18-0677**

Die Anfrage wurde mündlich durch Herrn Kreisbeigeordneten Krug beantwortet.

**Punkt 1.2.6:** **Anfrage der AfD-Fraktion vom 19.10.2017 zur Kostenerstattungspauschale des Landes Hessen je aufgenommenen Flüchtling im Kreis Bergstraße  
Vorlage: 18-0679**

Die Anfrage wurde mündlich durch Herrn Kreisbeigeordneten Krug beantwortet.

**Punkt 1.2.7:**                    **Anfrage der AfD-Fraktion vom 20.10.2017 zum neuen "Interimsverfahren" zur Schallausbreitungsberechnung bei Windkraftanlagen**  
**Vorlage: 18-0678**

Die Anfrage wurde mündlich durch Herrn Kreisbeigeordneter Krug beantwortet.

**Punkt 1.2.8:**                    **Anfrage der AfD-Fraktion vom 26.10.2017 zum Thema "Geplantes Rossmann Logistikzentrum in Bürstadt"**  
**Vorlage: 18-0684**

Die Anfrage wurde mündlich durch Herrn Landrat Engelhardt beantwortet.

**Punkt 1.2.9:**                    **Anfrage der AfD-Fraktion vom 26.10.2017 zum Thema "Endlager für radioaktiven Abfall in Biblis?"**  
**Vorlage: 18-0685**

Die Anfrage wurde mündlich durch Herrn Kreisbeigeordneten Krug beantwortet.

Die ausführliche Beantwortung zu Punkt 1.2.2 sowie die mündlich gegebenen Antworten auf die Anfragen unter den Punkten 1.2.4 bis 1.2.9 sind als Anlage 2 der Niederschrift beigefügt.

**Punkt 1.3:**                    **Zweiter Finanz- und Controllingbericht für das Haushaltsjahr 2017**  
**Vorlage: 18-0668**

Der Kreistag hat von der Vorlage 18-0668 und dem zweiten Finanz- und Controllingbericht Kenntnis genommen.

**Punkt 1.4:**                    **Bericht der Patientenfürsprecherinnen beim Kreiskrankenhaus Bergstraße in Heppenheim für den Zeitraum Juli 2016 bis Juni 2017**  
**Vorlage: 18-0666**

Der Kreistagsvorsitzende begrüßte die anwesende Patientenfürsprecherin des Kreiskrankenhauses Bergstraße, Frau Traudl Kober. Der erkrankten Stellvertreterin Frau Rosel Koberg, sprach er, auch namens des Kreistags, herzliche Genesungswünsche aus.

Der Kreistag hat von der Vorlage 18-0666 und dem vorgelegten Tätigkeitsbericht der Patientenfürsprecherinnen Kenntnis genommen.

Eine Erörterung des Berichts wurde dem zuständigen Fachausschuss anheimgestellt.

**Punkt 1.5:**

- 1. Berichterstattung gemäß § 7 Abs. 7 Hessisches Gleichstellungsgesetz (HGIG) für die Kreisverwaltung für die Jahre 2015 und 2016**
  - 2. Frauenförder- und Gleichstellungsplan für die Kreisverwaltung für die Jahre 2017 bis 2022 und verbindliche Zielvorgaben bis 2019**
- Vorlage: 18-0616**

Der Kreistag beschloss folgende Punkte:

- I. Berichterstattung gemäß § 7 Abs. 7 Hessisches Gleichstellungsgesetz (HGIG) für die Kreisverwaltung für 2015 und 2016
- II. Frauenförder- und Gleichstellungsplan für die Kreisverwaltung 2017 - 2022 und verbindliche Zielvorgaben bis 2019

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig bei 6 Stimmenthaltungen von Mitgliedern der AfD-Fraktion.

**Punkt 1.6:**

- 1. Berichterstattung gemäß § 7 Abs. 7 Hessisches Gleichstellungsgesetz (HGIG) für den Eigenbetrieb Schule und Gebäudewirtschaft Kreis Bergstraße für die Jahre 2015 und 2016**
  - 2. Frauenförder- und Gleichstellungsplan für den Eigenbetrieb Schule und Gebäudewirtschaft Kreis Bergstraße für die Jahre 2017 bis 2022 und verbindliche Zielvorgaben bis 2019**
- Vorlage: 18-0615**

Der Kreistag beschloss folgende Punkte:

- I. Berichterstattung gemäß § 7 Abs. 7 Hessisches Gleichstellungsgesetz (HGIG) für den Eigenbetrieb Schule und Gebäudewirtschaft für 2015 und 2016
- II. Frauenförder- und Gleichstellungsplan für den Eigenbetrieb Schule und Gebäudewirtschaft 2017-2022 und verbindliche Zielvorgaben bis 2019

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig bei 6 Stimmenthaltungen von Mitgliedern der AfD-Fraktion.

**Punkt 1.7:** **Frauenförder- und Gleichstellungsplan des Eigenbetriebes Neue Wege Kreis Bergstraße für die Jahre 2017 bis 2022 und verbindliche Zielvorgaben bis 2019**  
**Vorlage: 18-0614**

**Beschluss:**

Der Kreistag beschließt den Frauenförder- und Gleichstellungsplan für den Eigenbetrieb Neue Wege Kreis Bergstraße 2017-2022 und die verbindlichen Zielvorgaben bis 2019.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig bei 6 Stimmenthaltungen von Mitgliedern der AfD-Fraktion.

**Tagesordnung 2 (mit Aussprache)**

**Punkt 2.1:** **Vorlage der Entwürfe**  
**a) der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2018**  
**b) des Investitionsprogrammes für den Zeitraum 2018 bis 2021**  
**c) des Haushaltskonsolidierungskonzeptes für den Zeitraum 2018 bis 2021**  
**Vorlage: 18-0683**

Die Vorlage 18-0683 mit den als Anlagen beigefügten Entwürfen der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes einschließlich des Stellenplanes für das Haushaltsjahr 2018, des Investitionsprogrammes für den Planungszeitraum 2018 bis 2021 und des Haushaltskonsolidierungskonzeptes für den Finanzplanungszeitraum 2018 bis 2021 (jeweils Stand der Feststellung durch den Kreisausschuss am 23.10.2017) wurden in der Sitzung an die Mitglieder des Kreistages verteilt.

Visualisiert durch Diagramme erläuterte der Finanzdezernent, Herr Kreisbeigeordneter Krug, Rahmenbedingungen und Eckdaten der eingebrachten Zahlenwerke und gab einen kurzen Ausblick auf die folgenden Haushaltsjahre.

Die Ausführungen von Herrn Kreisbeigeordneten Krug wurden als Druckexemplare an die Mitglieder des Kreistages und des Kreisausschusses sowie den Pressevertretern ausgehändigt und stehen außerdem in digitaler Form im Gremien- und Bürgerinformationssystem des Kreises zur Verfügung (ein Exemplar ist dem Original dieser Niederschrift beigefügt).

Die Vorlage 18-0683 wurde vom Kreistag zur Kenntnis genommen und die in der Sitzung verteilten Zahlenwerke zur weiteren Beratung und Vorbereitung der Beschlussfassung durch den Kreistag an die Ausschüsse verwiesen.

**Punkt 2.2: Antrag der FREIE WÄHLER-Fraktion vom 15.10.2017 auf Bildung eines Akteneinsichtsausschusses nach § 29 Abs. 2 HKO betreffend Anmietung des ehemaligen Lighthouse Hotels in Bensheim  
Vorlage: 18-0670**

Herr Kreistagsabgeordneter Öhlenschläger (FREIE WÄHLER) begründete den modifizierten Antrag seiner Fraktion (gegenüber dem ursprünglichen Antragstext wurden die Punkte 7 bis 10 des Auftrags für den Akteneinsichtsausschuss gestrichen).

Der modifizierte Antragstext lautete:

"Es wird ein Akteneinsichtsausschuss gebildet, der sich mit den Vorgängen betreffend der Anmietung des 'Lighthouse' in Bensheim beschäftigt. Sowohl die Papierakten als auch die digitalen Dokumente sind Gegenstand der Prüfung.

Folgende Punkte sollen dabei mindestens betrachtet werden.

1. Alle in diesem Zusammenhang geschlossenen Verträge (z.B. Mietvertrag, Verträge mit den Versicherungen, Rechtsberatung etc.) sowie daraus resultierende Rechte und Pflichten des Kreises Bergstraße sowie des Eigentümers
2. Alle vertraglichen Vereinbarungen zum Thema Instandhaltung, Renovierung, Verkehrssicherungspflicht und Rückgabe des Mietobjektes
3. Umfassende Betrachtung des Vandalismusschadens (hierzu gehören u.a. zeitlicher Ablauf bei der Schadensregulierung, Schadensmeldung, Feststellung Schadenshöhe, tatsächliche Schadenshöhe, Zahlungen aus dem Kreis)
4. Genauer zeitlicher Ablaufplan bzgl. der Regelung des Vandalismusschadens
5. Beurteilung des finanziellen Schadens für den Kreis Bergstraße
6. Betrachtung der internen Abläufe der Verwaltung des Kreises Bergstraße, hierzu gehört auch u.a. die Betrachtung der Kompetenzen der handelnden Mitarbeiter

Empfohlen wird, den Haupt-, Finanz- und Personalausschuss mit der Aufgabe zu betrauen."

An der anschließenden Aussprache beteiligten sich die Kreistagsabgeordneten Frau Hartmann (SPD), Herr Ruoff (GRÜNE), Herr Oehlenschläger (CDU), Herr Hörst (SPD) und Herr Kahnt (AfD).

Herr Landrat Engelhardt informierte über den Sachstand und die Beauftragung des Revisionsamts mit der Prüfung des Sachverhalts.

In den Redebeiträgen wurde jeweils darauf hingewiesen, für den noch nicht abgeschlossenen Vorgang sei die Anfrage das gesetzlich vorgesehene und geeignete Überwachungsinstrument des Kreistags.

Der Kreistagsvorsitzende bot den Antragstellern eine kurze Unterbrechung der Sitzung an, um sich fraktionsintern über die weitere Vorgehensweise zu beraten.

Die Sitzung wurde von 17:58 Uhr bis 18:05 Uhr unterbrochen.

Nach Wiedereintritt in die Sitzung wurde der Antrag der FREIE WÄHLER-Fraktion zurückgenommen unter der Bedingung, bei Einreichung einer entsprechenden Anfrage werde in der nächsten Sitzung eine schriftliche Beantwortung durch den Kreisausschuss erfolgen.

Herr Landrat Engelhardt sagte eine mündliche und schriftliche Beantwortung einer fristgerecht eingehenden Anfrage in der nächsten Sitzung zu.

**Punkt 2.3: Anträge zum Thema "Wahlkreisreform - Zuordnung der Gemeinde Groß-Rohrheim"**

Die Anträge unter den Punkten 2.3.1 und 2.3.2 wurden gemeinsam beraten.

**Punkt 2.3.1: Antrag der FREIE WÄHLER-Fraktion vom 15.10.2017 betreffend Entwurf zur Änderung des Landeswahlgesetzes - Vorgesehene Zuordnung der Gemeinde Groß-Rohrheim zum Wahlkreis 48 - Groß-Gerau II  
Vorlage: 18-0671**

**Punkt 2.3.2: Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 16.10.2017 zum Thema "Wahlkreisreform - Zuordnung der Gemeinde Groß-Rohrheim"  
Vorlage: 18-0674**

Herr Kreistagsabgeordneter Öhlenschläger (FREIE WÄHLER) begründete den Antrag seiner Fraktion mit dem Wortlaut:

"Der Kreistag Bergstraße spricht sich mit Nachdruck dafür aus, dass die Gemeinde Groß-Rohrheim auch weiterhin einem Bergsträßer Wahlkreis zugeordnet bleibt. Die laut vorliegendem Gesetzesentwurf der Fraktionen CDU und BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN vorgesehene Zuordnung der Gemeinde Groß-Rohrheim zum Wahlkreis 48 - Groß-Gerau wird abgelehnt.

Das Votum des Kreises Bergstraße ist dem Innenausschuss des Hessischen Landtags unmittelbar mitzuteilen."

Herr Kreistagsabgeordneter Bersch (SPD) begründete den gemeinsamen Antrag der Fraktionen von CDU und SPD.

Frau Kreistagsabgeordnete Sterzelmaier (GRÜNE) nahm zu beiden Anträgen Stellung.

Der Kreistagsvorsitzende ließ zunächst über den weitergehenden Antrag der Fraktionen von CDU und SPD abstimmen.

Der Kreistag fasste dabei folgenden

**Beschluss:**

Der Kreis spricht sich gegen die vorgesehene Zuordnung der Gemeinde Groß-Rohrheim zum Wahlkreis Groß-Gerau II. aus. Der Kreistag beauftragt den Kreisausschuss, im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens zur Änderung des Landtagswahlgesetzes dementsprechend Stellung zu beziehen. Mit der Zuordnung der Gemeinde Groß-Rohrheim zum Wahlkreis 55 (Bergstraße II) steht eine Alternative zur Verfügung, die eine Zuordnung innerhalb des Kreisgebietes ermöglicht.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig.

Eine Abstimmung über den Antrag der FREIE WÄHLER-Fraktion erübrigte sich damit.

**Punkt 2.4:**

**Fortschreibung des Radverkehrskonzeptes des Kreises Bergstraße**  
- Verwaltungsvorlage  
- Beschlussempfehlung des Ausschusses für Regionalpolitik und Infrastruktur  
- Antrag der GRÜNE-Fraktion vom 06.11.2017 und in der Sitzung vorgetragener Antrag von Herrn Kreistagsabgeordneten Peter Schmidt (AfD) jeweils auf Erweiterung des vorliegenden Beschlussvorschlages  
**Vorlagen: 18-0653, 18-0653/1 und 18-0653/2**

Der Vorsitzende des Ausschusses für Regionalpolitik und Infrastruktur, Herr Kreistagsabgeordneter Ringhof (CDU), berichtete über das Ergebnis der Ausschussberatung am 02.11.2017 und wies auf die in der Sitzung verteilte Beschlussempfehlung des Ausschusses hin.

Herr Landrat Engelhardt gab ergänzende Erläuterungen zur beabsichtigten Fortschreibung des Radverkehrskonzeptes.

An der anschließenden Aussprache beteiligten sich die Kreistagsabgeordneten Herr Schöning (CDU), Herr Öhlenschläger (FREIE WÄHLER), Herr Marius Schmidt (SPD), Frau Kunz (GRÜNE), Herr Peter Schmidt (AfD) und Herr Sürmann (FDP).

Im Zuge der Aussprache begründete Frau Kunz den Antrag der GRÜNE-Fraktion mit dem Wortlaut:

"Der vorliegende Beschlussvorschlag wird um folgende Punkte erweitert bzw. ertüchtigt:

5. Der Kreistag beauftragt den Kreisausschuss mit der Bildung eines Beirates / Arbeitskreises unter Mitwirkung von VertreterInnen jeder Fraktion, dem ADFC und des Radbeauftragten des Kreises Bergstraße.

6. Die unter Punkt 1 zur Abstimmung stehende Fortschreibung des Radverkehrskonzeptes wird im Sinne des Gesamtkonzeptes für die Städte und Kommunen verpflichtend/verbindlich."

Herr Schmidt (AfD) beantragte, den Flugdrohnenverkehr in das Radverkehrskonzept einzubinden.

Abschließend fasste der Kreistag entsprechend der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Regionalpolitik und Infrastruktur folgenden

**Beschluss:**

1. Der Kreistag stimmt dem geplanten Vorgehen zur Fortschreibung des Radverkehrskonzeptes des Kreises Bergstraße von 1992 zu.
2. Der Kreistag beauftragt den Kreisausschuss einen Förderantrag zu stellen.
3. Der Kreistag beauftragt den Kreisausschuss auf der Grundlage des in der Vorlage 18-0653 dargelegten Lastenheftes die Ausschreibung vorzubereiten und durchzuführen.
4. Der Ausschuss für Regionalpolitik und Infrastruktur erhält jährlich einen Bericht zum Umsetzungsstand des Radverkehrskonzeptes.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig bei 3 Stimmenthaltungen von Mitgliedern aus der GRÜNE-Fraktion.

Der Antrag der GRÜNE-Fraktion wurde bei getrennter Abstimmung über Ziffer 5 und 6 des Antragstextes abgelehnt.

**Abstimmungsergebnisse:**

- zu Ziffer 5: Mehrheitlich bei 11 Jastimmen von Mitgliedern der Fraktionen von GRÜNE und DIE LINKE. sowie der Vertreterin der PIRATEN abgelehnt.
- zu Ziffer 6: Mehrheitlich bei 10 Jastimmen von Mitgliedern der Fraktionen von GRÜNE und DIE LINKE. sowie der Vertreterin der PIRATEN und Stimmenthaltung eines Mitglieds aus der GRÜNE-Fraktion abgelehnt.

Ebenso abgelehnt wurde der in der Sitzung vorgetragene Antrag von Herrn Schmidt (AfD).

**Abstimmungsergebnis:**

Bei einer Jastimme des Antragstellers abgelehnt.

**Punkt 2.5: Leitung des Rechnungsprüfungsamtes  
Vorlage: 18-0657/1**

Der Vorsitzende des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses, Herr Kreistagsabgeordneter Roeder, berichtete kurz über das Ergebnis der Ausschussberatung am 03.11.2017.



Der Kreistag fasste folgenden

**Beschluss:**

Der Kreistag erteilt gemäß § 130 Abs. 3 Hessische Gemeindeordnung (HGO) i.V.m. § 52 HKO die Zustimmung zu der durch den Kreisausschuss am 23.10.2017 mit sofortiger Wirkung beschlossenen Bestellung von Herrn Christian Vettel zum neuen Leiter des Revisionsamtes.

Ab diesem Zeitpunkt wird die Leitung der Revision für die Stadt Neckarsteinach wieder auf die Leitung des Revisionsamtes übertragen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig bei 6 Stimmenthaltungen von Mitgliedern der AfD-Fraktion sowie eines Mitglieds der FDP-Fraktion.

**Punkt 2.6: Akteneinsichtsausschuss betreffend Überwaldbahn  
- Abschlussbericht des Ausschussvorsitzenden**

Der Vorsitzende des Akteneinsichtsausschusses betreffend Überwaldbahn, Herr Kreistagsabgeordneter Herbert, machte ergänzende Anmerkungen zu dem vorab per E-Mail an die Mitglieder des Kreistags versandten und in der Sitzung verteilten Abschlussbericht.

An der anschließenden Aussprache beteiligten sich die Kreistagsabgeordneten Herr Kahnt (AfD), Frau Hartmann (SPD), Herr Sürmann (FDP), Herr Öhlenschläger (FREIE WÄHLER), Herr Roeder (CDU), Frau Henrich (DIE LINKE.), Herr Ruoff (GRÜNE), Herr Fiedler (SPD) und Herr Schmitt (SPD). Herr Landrat Engelhardt gab Erläuterungen zur Liquiditätssituation der Überwaldbahn gGmbH im Herbst 2016.

Auf Basis der im Abschlussbericht des Akteneinsichtsausschusses enthaltenen Empfehlungen und den Redebeiträgen unterbreitete der Kreistagsvorsitzende dem Kreistag einen Beschlussvorschlag.

Entsprechend diesem Beschlussvorschlag fasste der Kreistag folgenden

**Beschluss:**

Der Kreistag nimmt den vom Ausschuss einstimmig beschlossenen Abschlussbericht des Akteneinsichtsausschusses betreffend Überwaldbahn zustimmend zur Kenntnis und beauftragt den Kreisausschuss, die im Ende des Berichts aufgeworfenen Fragen zu beantworten. Mit der abschließenden Beratung wird der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss beauftragt.

Die Arbeit des Akteneinsichtsausschusses betreffend Überwaldbahn ist damit erledigt; er wird aufgelöst.

